

Sussex Research

Queer asylum in Germany: better visibility and access to legal and social support needed for LGBTQI+ people seeking asylum in Germany / Queeres Asyl in Deutschland: Bessere Sichtbarkeit und besserer Zugang zu rechtlicher und sozialer Unterstützung für LSBTQI* Geflüchtete

Mengia Tschalaer, Nina Held

Publication date

01-10-2019

Licence

This work is made available under the **Copyright not evaluated** licence and should only be used in accordance with that licence. For more information on the specific terms, consult the repository record for this item.

Document Version

Published version

Citation for this work (American Psychological Association 7th edition)

Tschalaer, M., & Held, N. (2019). *Queer asylum in Germany: better visibility and access to legal and social support needed for LGBTQI+ people seeking asylum in Germany / Queeres Asyl in Deutschland: Bessere Sichtbarkeit und besserer Zugang zu rechtlicher und sozialer Unterstützung für LSBTQI* Geflüchtete* (Version 1). University of Sussex. <https://hdl.handle.net/10779/uos.23481095.v1>

Copyright and reuse:

This work was downloaded from Sussex Research Open (SRO). This document is made available in line with publisher policy and may differ from the published version. Please cite the published version where possible. Copyright and all moral rights to the version of the paper presented here belong to the individual author(s) and/or other copyright owners unless otherwise stated. For more information on this work, SRO or to report an issue, you can contact the repository administrators at sro@sussex.ac.uk. Discover more of the University's research at <https://sussex.figshare.com/>

Queeres Asyl in Deutschland: Bessere Sichtbarkeit und besserer Zugang zu rechtlicher und sozialer Unterstützung für LSBTQI* Geflüchtete

Dr. Mengia Tschalaer (Universität Bristol),
Dr. Nina Held (Universität Sussex)

Über die Forschung

Menschenrechtsverletzungen aufgrund der sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität stellen Asylgründe in Europa dar. Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans-, Queer- und Intersexuelle (LSBTQI*) Menschen, die Asyl beantragen, stehen jedoch vor besonderen rechtlichen und sozialen Herausforderungen. Innerhalb des deutschen Asylsystems gehören LSBTQI* Geflüchtete zu den am wenigsten sichtbaren und am stärksten gefährdeten Personen.

Die Daten, die zu den wichtigsten Ergebnissen dieses Kurzdossiers geführt haben, stammen aus den EU-finanzierten Forschungsprojekten *Queer Muslim Asylum in Germany* und *SOGICA – Sexual Orientation and Gender Identity Claims of Asylum*. Zwischen 2017 und 2019 wurden über 100 Interviews mit NGO-Mitarbeiter*innen, Anwalt*innen, Richter*innen, politischen Entscheidungsträger*innen und LSBTQI* Geflüchteten geführt. Die Interviewten wurden nach ihren Erfahrungen mit queerm Asyl und den notwendigen Veränderungen gefragt, um die sozialen und rechtlichen Erfahrungen von LSBTQI* Geflüchteten in Deutschland zu verbessern. Zudem umfasst die Untersuchung die Analyse von Gerichtsbeobachtungen und LSBTQI* Asylentscheidungen.

Beide Projekte verfolgen einen intersektionalen Ansatz, der darauf abzielt, zu verstehen, wie Sexualität, Geschlecht, Geschlechtsidentität, Religion, Klasse, Alter, Ethnizität, Nationalität und Behinderung die Asylerfahrungen von LSBTQI* Personen prägen.



Politische Implikationen

Um sicher zu stellen, dass sich LSBTQI* Geflüchtete während dem Asylverfahren sicher fühlen und der Entscheidungsprozess fair abläuft, müssen folgende Punkte berücksichtigt werden:

- Die Asylbehörden aller Bundesländer müssen sicherstellen, dass LSBTQI* Geflüchtete ihre Sexualität und Geschlechtsidentität offen und ohne Furcht vor Stigmatisierung und Urteil als Fluchtgrund nennen können.
- LSBTQI* Geflüchtete sollten in allen Bundesländern zum Zeitpunkt der Erstaufnahme, bei der Anhörung und in den Unterkünften Informationsbroschüren erhalten und der Zugang zu rechtlicher Asylverfahrensberatung sowie Anlaufstellen für LSBTQI* Geflüchtete sollte umgehend gewährleistet werden.
- Anhörer*innen, Entscheider*innen und Dolmetscher*innen beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), Richter*innen sowie Mitarbeiter*innen in Aufnahme- und Unterbringungszentren sollten zum Thema Geschlecht, Sexualität und Geschlechteridentität geschult werden.
- Die Glaubwürdigkeit im Anhörungsverfahren soll der individuellen und strukturellen Situation der Asylbeantragenden Rechnung tragen. Zum Beispiel sollten diese Umstände auch in Bezug auf ein „coming out“ respektiert werden.
- LSBTQI* Geflüchteten sollte die Möglichkeit gegeben werden, in speziellen Unterbringungseinrichtungen für LSBTQI* Personen oder in Unterkünften mit Zugang zu lokalen LSBTQI* Gruppen und Organisationen untergebracht zu werden.
- Es sollten Schutzbehörden in allen Bundesländern eingerichtet werden, die es LSBTQI* Geflüchteten erlauben, bei Diskriminierung im Prozess des Asylverfahrens und/oder in den Unterkünften Beschwerde einzureichen.

Wesentliche Erkenntnisse

- LSBTQI* Geflüchtete bleiben oft im Asylsystem unerkannt und unsichtbar, es sei denn, sie melden und outen sich ausdrücklich. Ein „coming out“ ist besonders schwierig für diejenigen, die aufgrund ihrer Familiensituation, Scham und Angst zögern über ihre Sexualität/Geschlechtsidentität zu sprechen. Zudem fehlen oft sichere soziale Räume welche ein „coming out“ ermöglichen.
- LSBTQI* Geflüchtete spüren ein starkes Gefühl der Einsamkeit und sozialer Isolation, da sie meist unangemessen untergebracht sind. Oft fehlt der Zugang zu LSBTQI* NGOs in städtischen Gebieten und sie sind in vielen Fällen Hassdelikten und sexuellen Übergriffen ausgesetzt.
- Die Entscheidungsfindung in Asylverfahren von LSBTQI* Geflüchteten ist inkonsistent. Oft gibt es unzureichende Kenntnisse über die Situation von LSBTQI* Personen in den jeweiligen Herkunftsländern, was zu Entscheidungen führt, bei denen beispielsweise „interne Umsiedlungen“ vorgeschlagen werden. Geschlechtsspezifische und andere Formen von Gewalt gegen LSBTQI* Personen werden oft getrennt wahrgenommen. Dies verlängert den Asylprozess und verschärft damit die soziale Isolation und die Belastung der psychischen Gesundheit von LSBTQI* Geflüchteten.
- LSBTQI* Geflüchtete haben oft keinen Zugang zu rechtlicher und sozialer Unterstützung, weil sie nicht genügend Informationen darüber bekommen, wie und wo Unterstützung finden können. Zudem sind die Beratungsstellen unterfinanziert und überlastet und es ist daher oft schwierig zeitgerecht einen Beratungstermin zu bekommen.
- LSBTQI* Geflüchtete haben aufgrund ihrer Unsichtbarkeit im Asylsystem, sozialer Isolation und Diskriminierung oft keinen sicheren Zugang zu angemessener medizinischer und psychologischer Behandlung. Zudem fehlt es an Therapeut*innen, die LSBTQI*sensibilisiert und mehrsprachig sind. Dies kann die psychische Gesundheit belasten, was wiederum negative Auswirkungen auf das Asylverfahren haben kann.

Weitere Informationen

Das 4-Jahre dauernde Forschungsprojekt „*SOGICA – Sexual Orientation and Gender Identity Claims of Asylum: A European Human Rights Challenge*“ (2016-2020) ist vom Europäischen Forschungsrat finanziert und untersucht die sozialen und rechtlichen Erfahrungen von LSBTQI* -Personen im Asylverfahrensprozess in Deutschland, Italien und Großbritannien. Das Projekt wird von einem interdisziplinären Forschungsteam an der University Sussex (UK) durchgeführt.

Weitere Informationen zum Forschungsprojekt finden Sie auf www.sogica.org oder kontaktieren Sie Dr. Nina Held, Research Fellow in Soziologie, Universität Sussex, n.held@sussex.ac.uk

„*Queer Muslim Asylum in Germany*“ ist ein 2-Jahre dauerndes Forschungsprojekt, welches von der Europäischen Kommission über das H2020 Programm finanziert wird. Das Projekt ist an der Universität Bristol angesiedelt und mit der [School for Sociology, Politics and International Studies](#), [Migration Mobilities Bristol](#) und dem [Centre for the Study of Ethnicity and Citizenship](#) affiliert. Das Projekt hat das Ziel neue empirische Erkenntnisse zu den Asylverfahren von Muslimischen LSBTQI*-Geflüchteten in Deutschland zu ermitteln.

Weitere Informationen sind auf der Projektwebsite erhältlich: www.queerasylum.org oder kontaktieren Sie Dr. Mengia Tschalaer, Marie-Curie Research Fellow, Universität Bristol, mengia.tschalaer@bristol.ac.uk

Dieses Kurzdossier wurde in Zusammenarbeit mit Danijel Čubelić (Stadt Heidelberg), Lilith Raza (LSVD) und Marlen Vahle (Kölner Flüchtlingsrat) fertiggestellt.

